JAGDGESETZNOVELLE

Politgrüne gegen Lodengrüne

Foto: Jürgen Weber

Foto: Silke Böhm

Beim neuen Landesjagdgesetz in Nordrhein-Westfalen geht es ums Ganze.
Grüne, Natur- und Tierschützer wollen den Paradigmenwechsel als bundesweite Vorlage.
Das Jagdrecht soll sich endlich dem Naturschutz unterordnen.

Christoph Boll

Polit Loden grüne

Die rot-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen will spätestens 2013 das Landesjagdgesetz ändern. Hinter den Kulissen laufen die Vorbereitungen. Das Umweltministerium hat Arbeitskreise eingerichtet. Darin ringen Politiker und Interessenvertreter um Formulierungen und Festlegungen. Aus anfänglicher Kooperation ist dabei dem Vernehmen nach längst Konfrontation geworden. „Da bewegt sich nichts mehr“, sagte ein Teilnehmer gegenüber WILD UND HUND.

Die Forderungen der Angehörigen von Naturschutzbund (Nabu), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Arbeitsgemeinschaft Biologischer Umweltschutz (ABU) und Bund gegen Missbrauch der Tiere (bmt) sind massiv. Die Liste der jagdbaren Arten, Jagdzeiten, Fallenjagd und die Ausbildung von Jagdhunden an lebendem Wild wollen sie in ihrem Sinne revidiert sehen. Setzen sie sich durch, verändert sich die Jagd in Nordrhein-Westfalen in ihrem Kern: Das Jagdrecht wird dem Natur- und Umweltschutz untergeordnet. Das Freiheits- und Bürgerrecht mutiert zu kaltem Wildtiermanagement oder gar zur Schädlingsbekämpfung. Diesen „Paradigmenwechsel“ beschwört bereits der rot-grüne Koalitionsvertrag. Ausdrücklich fordert er eine Ausrichtung des Jagdrechts „an ökologischen Prinzipien und dem Tierschutz“. Erreicht werden soll dies unter anderem durch eine „Stärkung der Jagdbehörden“ und einen „Abbau von Abschusshemmnissen“ und mehr staatlichen Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten. So steht es in den Empfehlungen zur Lösung von Wald-Wild-Konflikten, für die der Arbeitskreis „Jagd und Naturschutz“ sich am 27. Oktober einmütig ausgesprochen hat.

Die hinter den Kulissen geführte Auseinandersetzung ist auch deshalb so hart, weil es über das bevölkerungsreichste Bundesland hinaus um die traditionelle Jagd in ganz Deutschland geht. Das Saarland war für die Öko-Bewegung die experimentelle Spielwiese. Nordrhein-Westfalen soll der Maßstab für eine grundlegende bundesweite Änderung der Jagd werden. Diese beabsichtigte Vorreiterrolle hat Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) mehrfach betont.

Die meisten Jäger und Grundeigentümer sowie ihre Interessenvertretungen wissen um die bevorstehende Entscheidungsschlacht. Umso mehr müssen die Lodengrünen aufpassen, dass die Politgrünen sie nicht über den runden Tisch ziehen, an dem gegenwärtig in Düsseldorf gegeneinander um Positionen gerungen und aneinander vorbei geredet wird. Dabei will die Spitze des Landesjagdverbandes (LJV) offensichtlich die Auseinandersetzung – zumindest zunächst – ohne konkrete Information und Einbindung der 65 000 Mitglieder führen. Nur ein Anfang Oktober an die Kreisvorsitzenden verschicktes Schreiben von Präsident Jochen Borchert und seine Äußerungen in der November-Ausgabe des Verbandsblattes lassen erahnen, wie sehr die Jäger in die Defensive gedrängt sind. Von einem „Misstrauensvotum gegen Jagd und Jäger“ ist darin die Rede. „Notfalls müsste dagegen auf dem Klageweg vorgegangen werden.“

Hintergrund: Natur- und Tierschützer hatten im Arbeitskreis „Jagd und Naturschutz“ gefordert, alle ganzjährig geschonten Arten dem Jagdrecht zu entziehen. Sie wollten sogar die Jagd auf Sikawild, Blesshuhn, Hase, Kaninchen und Ringeltaube einstellen lassen. Selbst Ministeriumsmitarbeiter schüttelten angesichts solcher Forderungen den Kopf. LJV und der Verband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagden Westfalen-Lippe (VJE) stimmten überein, dass die Liste der jagdbaren Arten unverändert bleiben soll.

Zur Ausbildung von Jagdhunden an lebendem Wild hatte Umweltminister Johannes Remmel bereits unlängst die Arbeit an der lebenden Ente und in Schliefanlagen zu Auslaufmodellen erklärt (siehe WuH 20/2011, Seite 80).

Auf jeden Fall früher als bisher wird die Jagdzeit auf Muffel und auf alle Schalenwildarten, außer Schwarzwild, beendet sein.

Von zwei geplanten Schwarzwildgattern bereitet der LJV die Errichtung des ersten leise vor. Es bestehen gute Chancen, dass es auch von der herrschenden Landespolitik geduldet wird. Denn beim Thema Schwarzwildreduzierung werfen Natur- und Tierschützer selbst die eigenen Ideale über Bord. So hat der Nabu-Vertreter Helmut Brücher im Arbeitskreis nach Angaben von Teilnehmern die Errichtung großer Saufänge vorgeschlagen. Darin sollten dann die Rotten zusammengeschossen werden. Dass die Naturschützer ansonsten die Fallenjagd strikt ablehnen, versteht sich von selbst.

Auch beim Thema Jagdzeiten blieben etliche Positionen strittig, darunter die Forderung nach einer generellen Schonzeit für den Fuchs und einer später als am 1. Mai beginnenden Jagdzeit für Schmalreh und Rehböcke. Letztere sollte verhindern, das Wild zu Beginn der Vegetationsperiode durch Bejagung in den Wald zurückgedrängt wird. Der LJV hat dies abgelehnt, ebenso ein grundsätzliches Ende der Jagd auf alle Schalenwildarten außer Schwarzwild am 31. Dezember. Stattdessen schlägt der LJV vor, Mitte Januar möge Hahn in Ruh' sein und ab Jahresende keine Gesellschaftsjagd mehr stattfinden. Ansonsten solle es bei den jetzt geltenden Regelungen bleiben.

Darauf verständigte sich das Präsidium am 30. August in einer gemeinsamen Sondersitzung mit Repräsentanten des VJE, des Grundbesitzerverbandes NRW und des Landesverbandes Deutscher Berufsjäger. Letztere schlugen vergeblich vor, die Jagd auf Schmaltiere und Schmalspießer aus Gründen der Wildschadensvermeidung und des Muttertierschutzes erst am 1. August beginnen zu lassen. Ebenso uneinheitlich war die Positionierung von Jagdrechtsinhabern und Jagdverband zur Absicht, dass Rehböcke künftig auch vom 16. November bis 31. Dezember erlegt werden dürfen. Motto: Feuer frei auf Drückjagden. Das LJV-Präsidium lehnt dies ab, weil es „gegenüber den Mitgliedern des Landesjagdverbandes nicht zu vertreten ist".

Polit grüne Loden

Gleichwohl wurden die Empfehlungen zur Lösung von Wald-Wild-Konflikten, in denen auch die neue Schusszeit für Rehböcke steht, am 27. Oktober im Arbeitskreis „Jagd und Naturschutz" verabschiedet – ohne die Stimmen der LJV-Vertreter. Die ablehnende Stellungnahme der backfrischen LJV-Vertreter, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht berufen waren, wurde einfach nicht mehr zugelassen, sagt der Vize-Präsident Ralph Müller-Schallenberg. Er und LJV-Justiziar Hans-Jürgen Thies wurden angesichts der angespannten Gefechtslage in den Arbeitskreis entsendet. In der Stellungnahme erklärt der Verband, wie wenig er von den Lösungsansätzen des Umweltministeriums hält. Das Wald-Wild-Papier offenbart die Gesinnung, mit der das Jagdgesetz geändert werden

Zwischen den Rotwildbezirken sollen Wanderkorridore ausgewiesen werden, in denen diese Wildart nicht bejagt wird.

Foto: Jürgen Weber

soll. Darin wird von vielerorts überhöhten Schalenwildbeständen und einem daraus resultierenden Wald-Wild-Konflikt, „insbesondere in Eigenjagdbezirken mit Rotwild“, ausgegangen. Dessen Ursache sollen Abschusshemmnisse und das Interesse der Revierpächter an möglichst hohen Wildbeständen sein. Als Lösungsansatz wird ein ökologisches Jagdgesetz propagiert. Es soll unter anderem enthalten:

- Festschreibung von Verbissgutachten für gemeinschaftliche Jagdbezirke, die alle drei Jahre vom Regionalforstamt erstellt werden, inklusiv Abschussempfehlung
- Abschaffung des behördlichen Abschussplanes für Rehwild
- Abschussfestsetzung nicht mehr im Einvernehmen, sondern nur im „Benehmen“ mit dem Jagdbeirat, was bedeutet, dass die Position der Unteren Jagdbehörden im Streitfall deutlich gestärkt ist
- Verkürzung der Jagdzeiten für wiederkäuendes Schalenwild und Verlängerung der Jagdzeit für Rehböcke (siehe oben)
- Senkung der Mindestpachtdauer auf fünf Jahre

Das Umweltministerium hat inzwischen selbst einen Musterpachtvertrag für Waldreviere und Reviere mit hohem Waldanteil entwickelt. Der enthält folgende Optionen:

- jährliche Waldbegänge von Verpächter und Pächter
- Vertragspartner vereinbaren die Abschussfestsetzung
- körperlicher Nachweis des erlegten Schalenwildes
- Sanktionen, wie Vertragskündigung oder Konventionalstrafen bei Nichterfüllung des Abschussplanes und gegebenenfalls Erfüllung des Abschusses durch Beauftragte des Verpächters
- Übernahme der gesamten Maßnahmen der Wildschadensverhütung

Grundsätzlich soll es bei Bewirtschaftungsbezirken für das wiederkäuende Schalenwild bleiben. Allerdings möchte die Landesregierung beim Muffelwild „prüfen, inwieweit bestehende Bezirke aus wildbiologischen oder waldökologischen Gründen aufzugeben sind“. Es gibt aber auch wirklich Positives: Die Rotwildgebiete sollen „großzügig“ entsprechend des tatsächlichen Lebensraums ausgewiesen und durch Wanderkorridore verbunden werden, in denen Rotwild nicht bejagt werden darf. Außerdem sollen die Hegegemeinschaften Körperschaften öffentlichen Rechts mit Zwangsmitgliedschaften werden, um eine großräumige Hege nach einheitlichen Richtlinien zu sichern.

Nie wieder frieren!

Thermo Soles 3D Funk
beheizte Einlegesohlen
· passen in jeden Schuh
· extrem flache Sohle
· integrierter Hochleistungs-Akku
· 2 Temperaturstufen
· mit Fernbedienung
· kein störendes Kabel

Thermo Soles
€ 149,-

€ 119,-

Thermo Gloves
beheizter Innenhandschuh
Thermo Gloves
· extrem dünner elastischer Stoff
· 3 Temperaturstufen
· integrierter Hochleistungs-Akku
· Akku extrem klein und leicht
· Akku austauschbar

€ 49,-

Thermo Mittens
Übeziehfäustlinge für Thermo Gloves
· Fingeröffnung mit Magnetbefestigung

Thermo Belt
beheizter Gürtel
Thermo Belt
· flexibler Klettverschluss
· Wohltuende Wärme für Rücken, Bauch, Unterleib und Niere
· integrierter Hochleistungs-Akku

€ 99,-

Thermo Seat
beheizte Sitzauflage
Thermo Seat
· für alle Sitzgelegenheiten im Freien
· beugt Harnwegsinfekten vor
· integrierter Hochleistungs-Akku

€ 79,-

Erhältlich im guten Fachhandel
und in den Webshops:

www.thermosoles.eu
www.thermobelt.com
www.thermogloves.eu
www.thermoseat.com